

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wohlgeheuer, 18.)
bei C. H. Meißel & Co.
Breitengasse 11.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Opatowitz bei A. Streifand,
in Breslau bei Emil Habalt.

Posener Zeitung.

Abendblatt für die Stadt
Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. F. Danke & Co.,
Hanselmann & Vogler,
Kudolph Wolff.
In Berlin, Dresden, Opatowitz
beim „Juvaldenbank.“

N. 854.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Montag, 6. Dezember
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die hochgehaltene Zeile oder deren
Raum, Restanten verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
nachmittags angenommen.

1875.

Amtliches.

Berlin, 5. Dezember. Der König hat den Oberlehrer an der
Realschule in Mülheim a. Rhein Eduard Kaenen zum Sem.-Direktor
ernannt.

Dem Seminar-Direktor Eduard Kaenen ist die Direktion des
Schullehrer-Seminars zu Kempten im Reg.-Bez. Düsseldorf übertragen,
der hies. Konrektor und kommiss. Kreis-Schul-Inspektor Her-
mann Tiedemann in Wollstein zum Kreis-Schulinspektor im
Reg.-Bez. Posen ernannt, der Notar Schneider in Warzauer in glei-
cher Eigenschaft in den Friedensbez. St. Wendel im Land-
Ger.-Bez. Saarbrücken mit Anweisung seines Wohnsitzes in St. Wen-
del versetzt, der Herr Ass. Dr. Einarz in Lutzerath zum Advokaten im
Bez. des I. Appell-Gerichtshofes zu Köln ernannt, die Reg.-Assessoren
Robert Kramm und Morz Koppelt sind zu Mitgliebern der I. Direktion
der Ostbahn ernannt und mit den Funktionen des administrativen
Mitgliedes bzw. der I. Kommission für den Bau der Bahn Berlin-
Nordhausen und der I. Eisenbahn-Kommission in Berlin betraut, der
Lehrer Gustav Bick ist zum Gewerbeschullehrer ernannt und an der
Gewerbeschule zu Koblentz angestellt, der Prof. Dr. Anacker zu Bern
zum Departements-Thierarzt für den Reg.-Bezirk Düsseldorf ernannt
worden.

Deutscher Reichstag.

20. Sitzung.

Berlin, 4. Dezember, 1 Uhr. Am Tische des Bundesraths
Stephan mit mehreren Kommissarien. Das Haus hat wiederum ein
Mitglied durch den Tod verloren, den Abgeordneten für den Land-
und Stadtkreis Trier, Ober-Bergrath Blumme und ehrt sein An-
denken in der üblichen Weise.

Die zweite Beratung des Gesetzes Entwurfs, betreffend die Ab-
änderung des § 4 des Postgesetzes war bei Art. 8 stehen geblieben,
der nach der Regierungsvorlage lautet:

Wenn bei dem Betriebe einer Eisenbahn ein im Dienst befindlicher
Postbeamter getödtet oder körperlich verletzt worden ist und die Eisen-
bahnverwaltung den nach den Gesetzen ihr obliegenden Schadenersatz
dafür geleistet hat, so ist die Postverwaltung verpflichtet, dieselben das
Geldstück zu erlösen, falls der Schaden durch die für die Zwecke des
Postdienstes getroffenen besonderen inneren Einrichtungen der Post-
wagen, oder durch solche Anordnungen der Postverwaltung verursacht
wird, in Folge deren die Ausübung des Eisenbahn-Postdienstes mit er-
höhter Gefahr verbunden ist.

Dagegen hat die Kommission vorgeschlagen, den Schluß, wie
folgt, zu fassen: „Falls nicht der Tod oder die Körperverletzung durch
ein Verschulden in Ausführung der Dienstverrichtungen des Eisen-
bahnbetriebs Unternehmern, seinen Bevollmächtigten oder Represen-
tanten oder einer der im Eisenbahnbetriebe verwendeten Personen herbei-
geführt worden ist.“

Graf Kietz beantragt die Wiederherstellung der Regierungsvor-
lage, während Abg. Gumbrecht den Schlußsatz so fassen
will: „... Falls der Schaden durch die für den Postdienst ge-
troffenen besonderen Einrichtungen der Postwagen oder die Anord-
nungen der Postverwaltung oder durch fahrlässige Verschulden in der
Herstellung von Sicherheitsvorrichtungen verursacht oder größer ge-
worden ist.“

Abg. Laporte: Der Kommissionsantrag widerspricht nicht
den bestehenden Rechten und entspricht auch der Billigkeit. Das so-
genannte Haftpflichtgesetz bestimmt, daß die Eisenbahnen für Beschädi-
gungen von Menschen haften bis zum Beweise des Verschuldens des
Verletzten oder einer mitwirkenden höheren Gewalt. Die Regierungsvor-
lage regelt das Verhältnis zwischen Post und Eisenbahn dahin, daß
die Postverwaltung regreßpflichtig ist, wenn die Eisenbahn beweist,
daß die Anordnungen der Postverwaltung die Ursache der eingetre-
tenen Verletzungen gewesen sind. Der Anspruch des Verletzten gegen-
über der Eisenbahn bleibt davon völlig unberührt. Der Kommissions-
vorschlag läßt diesen Anspruch gleichfalls unberührt, macht aber die
Post in allen Fällen regreßpflichtig, mit Ausnahme des Falles, daß
diese ein Verschulden der Eisenbahn nachweisen kann, und zwar des-
halb, weil gegen die Einrichtungen der Post den Eisenbahnverwal-
tungen kein Widerspruchrecht zusteht und ihnen von derselben auch
keinerlei Entschädigung für die im Interesse der Post transportir-
ten Personen gebührt wird. Die Regierungsvorlage ist eine frucht-
bare Mutter von Streitigkeiten und Prozessen zwischen Eisenbahn-
und Postverwaltung, zwischen denen in dieser Beziehung eine Art
von Sozialität, eine Vergeßlichkeit besteht, die eine besondere Rück-
sichtnahme erfordert. Es ist unnützlich, den Eisenbahnen den Beweis
eines Verschuldens der Postverwaltung aufzuerlegen; man kann die
Vorgänge innerhalb des geschlossenen Postwagens, in dem sich viel-
leicht eine einzelne Person befindet, unmöglich genau kontrolliren, wäh-
rend der Beweis des Verschuldens der Eisenbahn, weil die betreffen-
den Vorgänge auf offener Bahn passiren, regelmäßig zu erbringen ist
und erbracht wird. Ganz ebenso, wie die Kommission vorschlägt,
find die entsprechenden Verhältnisse zwischen den Besitzern von be-
sonderen zu den Eisenbahnen führenden Geleisen und den Eisenbahn-
verwaltungen geordnet. Artikel 2 des Haftpflichtgesetzes regelt die
Verbindlichkeit von Bergwerksunternehmungen u. s. w. in der Weise,
daß die Bevollmächtigten haftbar für Beschädigungen der dabei be-
schäftigten Personen bleiben, wenn diese durch das Verschulden der
leitenden Personen herbeigeführt sind. Der Kommissionsvorschlag
knüpft hierbei den Eisenbahnen die Entschädigungspflicht nicht nur an
das Verschulden des Unternehmers oder seines Bevollmächtigten, son-
dern überhaupt aller im Eisenbahnbetriebe verwendeten Personen; geht
also über Art. 2 des Haftpflichtgesetzes hinaus.

Abg. Thilo: Die vorliegende Materie hat eine vierzigjährige
Geschichte. Schon das preussische Eisenbahngesetz vom Jahre 1838 legt
die Entschädigungspflicht der Eisenbahnen für jeden einer beförderten
Person zugefügten Schaden fest, wenn nicht bewiesen wird, daß die
Person selbst oder ein unabwehrbarer Zufall den Schaden veranlaßt
hat. Man ging davon aus, daß bei der Gefährlichkeit des Eisenbahn-
betriebes eine Sicherheit für das Publikum nur dann zu erlangen sei,
wenn die Haftpflichtbestimmungen streng seien und die Eisenbahnver-
waltungen wußten, daß sie für jedes Versehen, jede Fahrlässigkeit ver-
antwortlich gemacht würden. Dieses auch im Haftpflichtgesetz adop-
tirt: Prinzip wird von der Kommission auf den Kopf gestellt und zwar
zunächst aus dem Grunde, weil die Postverwaltung die ihr übergebe-
nen Objekte in eigenen Wagen, die von eigenen Beamten bedient wer-
den, befördert. Vergißt der Umstand, daß die Postbeamten die
Pakete in die Wagen schieben, die Gefahr? Dieser Grund würde zu-
treffen, wenn der zweite Grund richtig wäre, daß die Postbeamten
beim fahrenden Zuge der Disziplin der Eisenbahnbeamten nicht unter-
stehen. Nach dem Eisenbahnbetriebsreglement vom 1. Januar 1868

unterstehen die Postbeamten wie alle Reisenden der polizeilichen Auf-
sicht der betreffenden Eisenbahnbeamten. Ebenso wenig ist richtig, daß
die Postverwaltung in der Zahl ihrer Beamten bei den Eisenbahnpost-
wagen unbeschränkt ist; Art. 2 des Gesetzes verpflichtet die Eisenbah-
nen nur zur unentgeltlichen Beförderung der zur Verrichtung des
Dienstes erforderlichen Postbeamten. Die Eisenbahnen erhalten
dafür allerdings keine Entschädigung in barem Geld, sie sind dazu
aber gesetzlich verpflichtet. Die Annahme der Kommissionsvorschläge
würde in das zum allgemeinen Besten angenommene Prinzip des
Haftpflichtgesetzes Breche schiefen.

Abg. Gumbrecht empfiehlt sein Amendement als eine präzisere
Fassung des in der Regierungsvorlage ausgesprochenen Prinzips. Weil
die Postverwaltung eigene Wagen innerhalb der Eisenbahnzüge besitzt
und die Eisenbahnen diese zu befördern verpflichtet sind, so sei aus
Billigkeitsrücksichten der von der Regierung angenommenen Ausnahme
von dem Grundsatze des Haftpflichtgesetzes zuzustimmen, keinesfalls
könne man aber soweit wie die Kommission gehen. Ein großes finan-
zielles oder materielles Interesse liege nicht vor, sondern mehr ein
juristisches.

Abg. Reichenberger (Krefeld): Nach gemeinem Recht muß
jeder, der den Schaden angerichtet hat, ihn selbst tragen. Das Haft-
pflichtgesetz hat davon allerdings eine Ausnahme gemacht, Ausnahmen
müssen aber in engen Grenzen gehalten werden. Besonders da hier im
Haftpflichtgesetz nicht vorgesehene Verhältnisse vorliegen, müssen diesel-
ben nach dem gemeinen Recht geordnet werden, wie die Kommission
gethan hat.

Referent Berger hält an den Kommissionsvorschlägen fest, da
die Gründe dafür von dem Abg. Thilo nicht widerlegt worden sind.
Nach § 51 des Reglements über das Verhältnis der Post zu den Staats-
eisenbahnen haben sich allerdings die Postbeamten den allgemeinen An-
ordnungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf den Bahnhöfen
u. s. w. zu fügen, jedoch dürfen nach einem weiteren Paragraphen diese
Anordnungen den Postbetrieb nicht erschweren, weil sich widersprechende
Bestimmungen, so daß thatsächlich die Postbeamten der Disziplin der
Eisenbahnbeamten nicht unterstehen. Nicht die Kommission hat zuerst
in die Bestimmungen des Haftpflichtgesetzes Breche geschoben, sondern
der Bundesrath. Häufige Verletzungen der Postbeamten erfolgen durch
nur in Postwagen befindliche Gegenstände, in Folge davon, daß die
Postwagen eine besondere Stelle meist hinter der Lokomotive einneh-
men, daß die Postbeamten sich schon in dem Wagen befinden, ehe der
eigentliche Zug konstituiert ist, lauter Umstände, die bei der Beförderung
der übrigen Reisenden nicht eintreten und deshalb eine besondere Be-
rücksichtigung verdienen.

Nach Ablehnung des Antrags Kietz mit 128 gegen 104 Stimmen
wird Artikel 8 nach den Kommissionsvorschlägen angenommen. Die
übrigen Artikel werden ohne Debatte nach den Kommissionsvorschlä-
gen genehmigt.

Es folgen Petitionen: Der ehemalige Sergeant Carl Döring
wendet sich, nachdem ihm die von ihm beanspruchte Invalidenpension
in allen Instanzen abgelehnt worden ist, an den Reichstag mit der
Bitte, eine nochmalige Prüfung seines Anspruchs veranlassen zu
wollen.

Die Petitionskommission beantragt, die Petition dem Reichskanz-
ler zur nochmaligen Prüfung und eventuellen Berücksichtigung zu über-
weisen.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Demnach berichtet der Abg. v. Buttler (Soran) Namens
der 7. Abtheilung über die Wahl des Prinzen Karl zu Hohenzollern-
Sigmaringen in den vier Wahlkreisen Post-Gleiwitz und Lublinitz
Regierungsbezirk Oppeln: Die Wahl wurde bereits in der vorigen
Session vom Hause beanstandet und zugleich beschloffen, eine gründ-
liche Untersuchung der Vorverhältnisse bei der Wahl zu veranlassen.
Durch Mißverständnis dieses Reichstagsbeschlusses, der nicht ganz
korrekt gefaßt war, ist es gekommen, daß die Beweisführung, die
statgefunden hat, der notwendigen Vollständigkeit entbehrt. Sie
wurde nämlich dem Staatsanwalt allein überlassen, der nur die straf-
fälligen und gesetzlich verfolgbaren Handlungen bei der Wahl unter-
suchte während dem Reichstage daran lag, überhaupt ein klares Bild von
den bei der Wahl vorgekommenen Thatsachen, auch wenn diese nicht
direkt strafällig waren, zu erhalten. Die Abtheilung beantragt daher:

1) die Wahl des Prinzen Karl zu Hohenzollern-Sigmaringen weiter
zu beanstanden; 2) den Herrn Reichskanzler aufzufordern, in Gemäß-
heit des Reichstagsbeschlusses vom 21. Januar d. J. noch eine weitere
gerichtliche Beweisaufnahme durch zulässigenfalls eidliche Vernehmung
der in Vorlage gebrachten Zeugen zu veranlassen, und zwar: a) in
Betreff des Protestes des Kaplans Bernhard Niehula über die an-
gebliche Wahlbeeinflussung des Scholzen Gajla; b) in Betreff des
Protestes des Pfarrers Grabad über die angebliche Verletzung des
Führers von Madajowski und die Herbeiführung von drei Köstchen
zur Wahlurne durch den Exaltator der Polizeiverwaltung auf Veran-
lassung des Wahlvorstehers Gutschters Krebs; c) in Betreff des
Protestes des Kaplans Groenow über die bei der Wahl in Botschow
angeblich vorgekommenen Gefährlichkeiten; d) in Betreff der Eingabe
des Lehrers Follwaghn da dato den 6. Januar 1874 über den dem
Kaplan Groenow zur Last gelegten Mißbrauch der Kanzel zu politi-
schen Umtrieben unter Verletzung der diesbezüglichen gegen denselben
anscheinend verhandelten Unterworfungen; e) in Betreff des Protestes
des Pfarrers Kruppa über die dem Kammerer Junke zur Last gelegten
Wahlbeeinflussungen; auch die Vernehmung folgender bereits abgehör-
ten Zeugen: a) des Scheuermärkers Franz Job, b) des Kaufmanns
Wladislaus Dalowski, c) des Gärtners Johann Sobel, Johann Kacj-
mera und Valentin Ceglarski bewirken zu lassen.

Abg. Schröder (Rippstadt): Ich muß konstatiren, daß wir es
bei dieser oberflächlichen Wahl während der ganzen Legislaturperiode
nicht fertig bekommen haben, über die Billigkeit derselben schlichtig zu
werden. Gerade der Umstand, daß in Ober-Schlesien die Wogen der
Wahlagitacion besonders hoch gehen und der Kulturkampf dort ganz
besonders brutal geführt wird, hätte die Bundesregierung veranlassen
sollen, besonders tüchtige und vor allem unparteiische Männer zu
Wahlkommissarien dieser Bezirke zu machen. Leider aber haben wir
schon mehrfach hier im Hause konstatiren müssen, daß in Ober-Schlesien
das gerade Gegenteil davon geschieden ist. Den eklatantesten Fall
haben wir im Wahlkreise Kofel erlebt, wo der Landrath Himmel
Wahlkommissar war. Trotzdem wird die von diesem Kommissar ge-
leitete Wahl laffiren mußten, da uns Herr Himmel ohne jede Ge-
wissensbetrug der Minoritätskandidaten hierher ins Haus schickte,
hat bei der stattgefundenen Nachwahl die Regierung denselben Herrn
Himmel wiederum zum Wahlkommissar ernannt. Ein solches Ver-
halten gegenüber den Beschlüssen des Reichstages bedarf keiner weite-
ren Kritik.

Der Antrag der Abtheilung wird hierauf vom Hause ange-
nommen.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. (T. D.: Erste
und zweite Beratung des Naturalisationsgesetzes, Bericht der Ge-
schäftsordnungskommission und Petitionen.)

* In der gestrigen Rede des Abg. Laßler muß es heißen:
„Das deutsche Strafgesetzbuch kennt mindestens 14 (nicht 40) neue
Verbrechen“, (im Vergleich mit dem preussischen Strafgesetzbuch).

Außerordentliche Generalsynode.

Berlin, 4. Dezember.

IX.

Der Präsident Graf Otto zu Stolberg eröffnet die heutige Sitzung
bei dicht besetzten Tribünen um 12 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mitthei-
lungen. — Das Eingangsgebet hält Prof. Christlieb (Bonn). Auf der
Tagesordnung steht die Fortsetzung der Spezialdiskussion über die Ge-
neralsynodalordnung. Vom § 6 werden Alinea 1 und 2 zunächst zu-
nächst zusammen zur Debatte gestellt.

Hierzu beantragt Superintendent Dr. Schulze (Elbe), das Alinea
1 des § 6 dahin zu fassen, „die Wahrung der kirchlichen Lehren.“

Prof. Cremer (Greifswald) spricht zunächst den Wunsch aus,
daß das Alinea 2 vor das Alinea 1 gesetzt werde, erklärt sich mit dem
in Al. 1. ausgesprochenen Gedanken im Großen und Ganzen einver-
standen, bemerkt aber, ob dadurch das Maß des Bedürfnisses er-
füllt werde und empfiehlt die Abänderung des Absatzes nach dem An-
trage Schulze. Der Staat habe unumwandelbar das Recht, zu prüfen,
ob die kirchliche Lehre Gefahren für den Staat in sich birge oder
nicht. Die evangelische Kirche habe diese Prüfung nicht zu scheuen,
da sie noch nie staatsgefährliche Dinge gelehrt habe. So lange sie
überhaupt eine weltliche Prüfung nicht zu scheuen. Die kirchliche Lehr-
freiheit werde daher bestehen bleiben und er hoffe, daß es nie nötig sein
werde, die Theorie von der Staatsintervention, von der der kaiser-
liche Kommissar neulich gesprochen, in praxi anzuwenden. Wenn aber
„kirchliche Lehrfreiheit“ heißen soll, daß die Generalsynode das zuläs-
sige Maß der differirenden Meinungen festzustellen habe, so könnte
dieser Ausdruck doch falsche Vorstellungen und Illusionen erwecken.
Es könne sich hier nicht darum handeln, diese oder jene Ansicht als
vollständig gleichberechtigt hinzustellen; an die Spitze der General-
synodalordnung sei der Satz hingestellt, daß Bekenntnis und Union
intakt bleibe, und deshalb könne es sich hier nur darum handeln, die
kirchliche „Lehrordnung“ zu wahren, die Geistlichen bei der Dedi-
cation auf die Fundamentalfälle der evangelischen Kirche zu verpflichten
und das unüberwindliche Recht der Gemeinden auf Verhängung der
sitten und unveränderlichen Wahrheit zu wahren.

Präsident Dr. Herrmann erklärt die „Wahrung“ der kirchlichen
Lehrordnung könne nicht in erster Reihe Sache der Generalsynode sein,
da diese nur alle sechs Jahre zusammen komme und eine solche Lehr-
ordnung in äußeren erkennbaren Grenzen noch nicht vorhanden sei,
vielmehr erst geschaffen werden müsse.

Baflor Euen (Treptow a. R.) plaidirt für Streichung des Al. 1,
da ihm der Ausdruck „kirchliche Lehrfreiheit“ sehr verhänglich er-
scheine und der Besorgnis Raum gebe, daß auf diesem Wege selbst
das apostolische Glaubensbekenntnis verlor und geschädigt werden
könne. Lasse man Al. 1 stehen, so mache man die im § 1 ausgespro-
chene Garantie des Bekenntnisses illusorisch. Er halte es für unum-
gänglich, kirchengesetzlich und allgemein festzustellen, wie weit die
Lehre gehen darf, ohne der disziplinarischen Rüge zu verfallen, ebenso
unmöglich halte er es aber auch, einer schrankenlosen Freiheit Raum
zu geben. Dieser § 6 und das Alinea 1 desselben bilde für Viele den we-
sentlichsten Kern der ganzen Vorlage; er bitte, die vielen Besorgnisse,
welche sich an diesen Ausdruck „Lehrfreiheit“, knüpfen, durch Streichung
des Alinea 1 zu beseitigen und damit vielleicht eine einstimmige Annahme
des Entwurfs zu erlangen.

Prof. v. d. Goltz (Bonn) betont, daß hier der Generalsynode gar
nicht die Pflicht auferlegt werden solle, die Lehrordnung zu ändern,
sondern, daß es sich hier einfach um eine Kompetenzfrage handle, für
den Fall, daß einmal über eine Aenderung der Lehrordnung verhan-
delt werden sollte. Und da müsse man sich doch nur freuen, daß der
Entwurf hierbei die Kompetenz der Generalsynode anerkennt. Wenn
man das Al. 1 strikt, dann wäre die Folge davon, daß eintretenden
Falls der Oberkirchenrath allein die kirchliche Lehrordnung festsetzen
hätte. Im Uebrigen habe die im Al. 1 enthaltene Formel den Vorzug
der Klarheit.

Prof. Dr. Beshlag (Halle a. S.) ist der Ansicht, daß man die
„Lehrfreiheit“ bestehen lassen müsse, weil die evangel. Kirche zur Lehr-
freiheit und zur Schriftforschung verpflichtet sei. Die Lehrfreiheit finde
ihre natürliche Grenze in dem Bekenntnisse und deshalb halte er die
Fassung des Al. 1 für unverfänglich.

Nachdem sich Pfarrer Ebertsbusch (Kenneb) gegen jedes Amen-
dement, Konfirmandenrath Reichel (Frankfurt a. O.) für einen
von ihm mit Prof. Cremer getheilten Antrag ausgesprochen, dahin
gehend, daß Alinea 1 wie folgt zu fassen: „Die Grundsätze für Hand-
habung der Lehrordnung nach Maßgabe des Alinea 2 § 1 der Syno-
dalordnung“ stellt und befürwortet Superintendent Erdmann
(Tilsit) den Antrag, dem Alinea 1 folgende Fassung zu geben: „1) Die
Grundsätze für die Handhabung der kirchlichen Lehrordnung“. Er sei
der Ueberzeugung, daß eine feste objektive Norm, welche die Lehrthä-
tigkeit gegenüber den Ausweichungen regelt, vorhanden sei, daß die
Lehrordnung in unserem reformirten Bekenntnisse liege; rüthete man
daran, so werfe man den Feuerbrand in unsere evangelische Landes-
kirche. Zweck des Alinea 1 könne nur sein, die Kompetenz der Gene-
ralsynode zu konstatiren, die Landeskirche zu schützen gegen Willkür
und Mißbrauch der Lehrfreiheit. Die Lehrordnung sei, wie gesagt,
in dem Bekenntnisse unserer Kirche vorhanden und daher seien auch
die Grundsätze zu nehmen, nach welchen die Lehrordnung zu hand-
haben ist.

An der ferneren Debatte betheiligen sich noch die Herren Missions-
inspektor Dr. Fabri (Barmen) und Superintendent Dr. Moller
(Magdeburg), der sich entschieden gegen die Streichung des Alinea
auspricht und Superintendent Bögel (Berlin) der diese Streichung
formell beantragt, da er diese der Generalsynode zu überweisende Auf-
gabe für unmöglich hält. Bei der Abstimmung werden sämtliche
Amendements (zum Theil in namentlicher Abstimmung mit 117 gegen
66 Stimmen) abgelehnt und die Alinea 1 und 2 nach der Regierungsvor-
lage angenommen.

Zu Alinea 3 des § 6 liegen von mehreren Seiten Amendements
vor, welche theilweise die Rechte der Provinzialsynoden in Fragen
kirchlicher Bücher und Ordnungen erweitern wollen.

Konfirmandenrath Schulze (Elbe), Reichel (Frankfurt) und Ge-
nossen beantragen eine Fassung dahin, daß es zur Einführung oder
Beseitigung von den für den allgemeinen landeskirchlichen Gebrauch

zulässigen Katechismuserklärungen, Religionsbüchern, Gesangbüchern und agendarischen Ordnungen für den einzelnen Provinzialbezirk der Zustimmung der betreffenden Provinzialsynode bedürfte. R. S. in (Halle an der Saale), Dr. R. a. f. f. (Bonn) und G. o. f. f. (Bonn) folgende Fassung: „Soll die obligatorische Einführung solcher kirchlicher Bücher und agendarischer Normen, welche die Sakramente betreffen, erfolgen, so bedarf es der Zustimmung der einzelnen Provinzialsynode. Gegen die Einführung neuer Gesangbücher und Katechismen steht jeder einzelnen Gemeinde ein Einspruch zu.“ Ferner liegen noch Anträge vom Präsidenten S. e. g. e. l. (Berlin), D. e. f. h. a. u. s. (Hörter) u. v. a.

Nach einer längeren Rede des Herrn v. R. e. i. f. f. -R. e. g. o. w. gegen eine zu große Zentrafisierung der Generalsynode und für die Prüfung der kirchlichen Bücher und Ordnungen durch die Provinzialsynoden bringt Präsident S. e. g. e. l. mit längerer Motivierung einen Antrag dahin ein, im Alinea 3 zu bestimmen, daß die Einführung der oben erwähnten kirchlichen Bücher und Ordnungen, namentlich hinsichtlich der ordinatorischen Verpflichtung der Geistlichen in den einzelnen Provinzialkirchen nur mit Zustimmung der betreffenden Provinzialsynode erfolgen könne.

Ueber diese verschiedenen Anträge erhebt sich eine längere Debatte an welcher sich noch Präsident H. e. r. m. a. n. n. und M. i. q. u. e. l. (Berlin) betheiligen. Zu einem Abschluß gelangt dieselbe nicht, da um 3½ Uhr ein Vertagungsantrag angenommen wird. Der Präsident setzt demzufolge die Fortsetzung der Debatte auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, welche am Montag Mittag 12 Uhr beginnt.

Brief- und Zeitungsberichte.

WTB. Berlin, 5. Dez. Der Verlobte der Tochter des Fürsten Bismarck, Graf W. e. n. d. t. z. u. E. u. l. e. n. b. u. r. g., ist heute früh 7 Uhr seinem Typhus erlegen.

— Kein Tag ohne Graf Armin! Wie die „Magd. Bl.“ von bestunterrichteter Seite hört, habe der Kaiser gegenüber dem Grafen Eulenburg nicht die Richtigkeit der von dem Grafen Armin reproduzierten Äußerungen über den Fürsten Bismarck schlechtweg, sondern nur die Korrektheit einiger Ausdrücke angezweifelt. — Wie man dem „Braunsch. Tgl.“ von hier schreibt, hätte Graf Armin einem seiner früheren diplomatischen Kollegen erklärt, er habe die Anklage auf Landesverrat gegen sich vorausgesehen und seine Maßnahmen getroffen. Man vermuthet nun nach diesen Äußerungen des Ex-Votalschafters, er habe wie schon angedeutet, Alles, was er in Preußen besaß, sein pommerches Gut Rassenheide und sein Haus am Leipziger Platz in Berlin unter der Hand längst verkauft, der Staatsgerichtshof fände mithin, falls die Anklage wirklich erhoben und durchgeführt würde, kein Objekt mehr vor, das unter Sequester gestellt werden könnte. — Zur „Affaire Reich“ schreibt der „Bris. Cour“:

Nach unsern Quellen hätte Herr Stadtgerichtsdirektor Reich sich eines Abends in einem heiligen Bierlokal in Gesellschaft von mehreren Bekannten, worunter der Kammergerichtsrath L. u. der Reichstags-Abgeordnete Rechtsanwalt W. a. u. s. w. befanden, über den Einfluß ausgesprochen, welchen das A. u. s. w. t. i. g. e. A. m. t. auf die Angelegenheit Armin genommen oder zu nehmen vermute habe. Er glaubte diese Äußerung, die übrigens in keineswegs für ihn befallenen Form geäußert war, eben unter verlässlichen Bekannten gethan zu haben. Unmittelbar darauf ging über den Inhalt jenes Gesprächs und über die Äußerung des Herrn Reich eine Denunziation beim Staatsanwalt Tessendorf ein, welche die Unterschrift trug: „Ein Reporter“, in welcher man indeß die Handschrift eines der an jenem Abend in Reichs-Gesellschaft gewesen zu erkennen glaubte. Kammergerichtsrath L. wurde denn auch als „erster Zeuge“ in der Angelegenheit vernommen und soll nach den uns gemachten Angaben den Inhalt der Denunziation bestätigt haben. Der Reichstagsabgeordnete, Rechtsanwalt W. wurde ebenfalls vernommen, er erklärte indeß, sich zwar des Gesprächs zu entsinnen, von einer irgendwie und selbst auf dissimularem Wege strafbaren Äußerung des Gerichtsdirektor Reich aber nichts zu wissen. Ausdrücklich gab er außer dieser Aussage zu Protokoll, daß es ihm unklar sei, wie auf jenes Gespräch und auf eine derartige niedrige Denunziation hin eine Disziplinaruntersuchung habe eingeleitet werden können. Das ist der Stand der Dinge, deren weiteren Verlauf man abwarten haben wird.

— Der letzte Brand im Reichstagsgebäude ruft den fast in Vergessenheit gerathenen Plan für den Neubau wieder wach. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Bundesrath noch in dieser Session den Vorschlag einbringen, auf dem Kroll'schen Platz zu bauen. Der Platz ist zwar zweimal von der Majorität des Reichstags als unbecuntem und entlegen abgelehnt worden, da er aber für einen monumentalen Bau unzweifelhaft geeignet und der einzige scheint, welcher überhaupt von der preussischen Regierung zur Disposition gestellt wird, so hat die Proposition vielleicht Chance, angenommen zu werden. Für die geschäftlichen Bedürfnisse wäre freilich ein kleinerer Bau an zentraler Stelle vorzuziehen gewesen.

— Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten hat durch Birkularerlaß vom 26. v. M. bestimmt, daß vom 1. Januar f. J. ab die hinterbliebenen von Geistlichen und Lehrern nur von derjenigen königlichen Regierung zu unterstützen sind, in deren Bezirk der verstorbene Ehemann oder Vater seinen letzten amtlichen Wohnsitz gehabt hat. Unterstützungsanträge sind nur an die zuständige königliche Regierung zu richten, da alle bei dem Ministerium direkt eingehenden Gesuche ohne Ausnahme den Antragstellern unberücksichtigt zurückgegeben werden würden. Die Ueberweisung der Unterstützungsanträge pro 1876 wird binnen Kurzem erfolgen. — Der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten hat sich in einem Spezial-Erlass damit einverstanden erklärt, daß zur Immatulation nur diejenigen Apotheker-Gehülfen zugelassen werden, welche den Nachweis einer dreijährigen Servizzeit zu führen im Stande sind.

— Die Vermehrung der Richter an dem hiesigen Stadtgerichte ist nun beschlossene Sache, und es werden diejenigen 18 Stellen, welche bereits zu Anfang dieses Jahres besetzt werden sollen, in dem nächstjährigen Etat eine Stelle finden. Die Vermehrung dürfte sich aber nicht nur auf Berlin beziehen, sondern auch andere Gerichte betreffen, welche die Geschäfte schon lange nicht mehr bewältigen können. Auf die neue Gerichtsorganisation kann dabei jedoch nur eine sehr beschränkte Rücksicht genommen werden, und wobei diese in den Verhältnissen liegende Mindernehmung geführt hat, das hat man z. B. an dem Appellationsgerichte in Köln gesehen, welches schon lange die Geschäfte nicht mehr, wie es erwünscht ist, zu erledigen im Stande ist, und eine Vermehrung des Personals bisher an der neuen Organisation eine Schranke gefunden hat. Uebrigens ist noch gar nicht abzusehen, wann die Neuorganisation der Gerichte ins Leben treten können, da es sich heute noch nicht übersehen läßt, wann die Justizkommission des Reichstags ihre Arbeiten beendet haben wird. Von dem Verlaufe und Ende dieser Arbeiten wird es auch abhängen, ob eine außerordentliche Frühjahrsession des Reichstages stattfinden wird. Die Aussichten auf letztere sind überdies gering, und der Reichstag wird wohl bis Ende Januar tagen.

— Wir haben bereits mitgetheilt, daß Oberbürgermeister Veder von Köln in dem Fürsten Bis mar ck das Ehrenbürgerdiplom von Köln überreicht hat. Die „Ebf. Bl.“ berichtet über dasselbe Folgendes: Betrachten wir das schöne Blatt, bekanntlich von Prof. Scheuren hergestellt, etwas näher, so sehen wir oben die Kolonialthronen, eine erhabene Frauengestalt, mit dem Merkmal als Sieptel und auf ein Kuder gestützt. Sie hält das Wappen von Köln empor, umgeben von den Worten: „Coellen eyn kroon, boven allen Steeden schoin.“ Ihr zur Seite stehen Bauer und Jungfrau mit den bekannten Sprüchen: „Hüte Dich, Tochter vom römischen Reich: Geistlich und Weltlich holen um Dich!“ und „Halt fest Du kaiserlicher Bawer, bleib beim Reich, es fall aus oder sauer!“ Im Hintergrund ist der alte Reichsadler sichtbar. Aus sind die Medaillonportraits der beiden Kaiser Friedrich II. und Maximilian I. angebracht, die sich um Köln besonders verdient gemacht haben. An den beiden Enden befinden sich die Stadtbilder des Agrippa und Marfilius, des Gründers und Vertheidigers der Stadt, wie man sie an der Sübfseite des Rathhauses aufgestellt sieht. Das Hauptbild zerfällt dann in zwei Abtheilungen, von denen die innere den Vorlaut des Diploms mit der Unterschrift des gesammten Gemeinderaths enthält, so wie die Ansicht eines Theiles jenes berühmten Hansa-Saales des löblichen Rathhauses, in welchem diese Adresse beschloffen und unterzeichnet wurde. Die äußere Abtheilung bringt dann die bedeutendste Darstellung des Ganzen, die in leuchtender Farbentracht den Eindruck eines mittelalterlichen Bildes macht, wie es der wohlberedende Künstler beabsichtigt. Unter einem mit Blumengewinden aufgezogenen Teppich, der das Stadtwappen von Köln zeigt, halten zwei Bürgermeister der Stadt die Bürgerkrone empor. Dieselben sind in der alten schwarzen Konulartracht prächtig gekleidet und tragen weiße Stäbe und Diplome als Zeichen ihrer Würde. Patriarch und bewaffnete Jünglinge umgeben sie in mannigfachen Gruppen. Im Hintergrund erblickt man das malerische Portal und den Thurm des Rathhauses und einige Giebel alterhümlicher Häuser, die mit wehenden Fahnen und Flaggen festlich geschmückt sind. — Durch die helle Sommerluft, die von leichtem Gewölbe belebt erscheint, schwirren einige flatternde Tauben. — Unter dem beschriebenen feierlichen Alt ist in einem kleineren Felde der Kampf des Bürgermeisters Greyn mit dem Löwen angebracht als sinnige Anspielung auf den politischen Löwenkampf des Reichskanzlers. An den Seiten der äußeren Umrahmung befinden sich, um den Uebergang auf unsere Zeit zu vermitteln, eine Rama oder Vistoria, die den Ruhm von Bismarck's Thaten der Welt verkünden, und ein Herkules, welcher dem Atlas die Himmelskugel trägt. Darunter steht eine allegorische weibliche Gestalt, die den Frieden darstellt. Sie hält den Palmzweig und stützt sich auf ein Hülfhorn. Ihr zu Füßen liegt man die Worte Schillers aus der „Braut von Messina“: „Schön ist der Friede!“ Auf der anderen Seite repräsentirt eine männliche Figur, zugleich ein Sänger und ein Held, den Krieg. Die Jahreszahlen 1870 und 71 deuten auf die Heldenthaten, welche dieselbe zu bezeugen scheint. Als Unterschrift dienen die Verse: „Aber der Krieg hat auch seine Ehre!“ — Der untere Theil des reichhaltigen Blattes zerfällt wieder in drei Abtheilungen, die durch sinnige Arabesken mit einander verbunden sind. Links sehen wir den Kampf Siegfrieds mit dem Drachen dargestellt, von Dämonen und Nissen umrahmt. In Nebengewinden aber ruht daneben der alte Vater Rhein, ein umgürtetes Trithorn liegt zu seinen Füßen, und kräftig auf Schwert gestützt, gebietet er dem Bierge, ins Horn zu stoßen, um das neue deutsche Reich zu verkünden, denn über dem alten Königsstuhl zu Roense kommen Barbarossa's Rufen dahergesprochen und bezeugen den Anfang einer neuen Zeit. Rechts ist dann der feierliche Kampf der tapfrn „Wacht am Rhein“ in einer ausdrucksvollen Gruppe geschildert, über welcher der preuß. Königsstuhl seine mächtigen Schwingen majestätisch zum ruhmvollen Fluge ausbreitet. Das Mittelfeld enthält eine überaus poetisch und düstige gebaltene Komposition. Goldselige Rheinrinnen heben aus dem tiefen Wogenrausch den alten Nibelungenhort und heben ihn ans Licht hervor. Sie tragen die kostbaren Reichs-Insignien und halten die goldig schimmernde Kaiserkrone huldigend empor zu dem Wappen des Fürsten Bismarck, welches den Schlüssel der mittleren Säule bildet und mit dem neuen Reichsadler und dem Worte „Gloria“ geschmückt ist. In dem reichen Arabesken-Schmuck, der die einzelnen Darstellungen verbindet, sind in glücklicher und durchdachter Weise viele Motive der schönen Ornamente vom löblichen Rathhause verworthen. Die Farbenstimmung ist hell und bringt einen höchst anmuthigen Eindruck hervor. Das große Blatt ist auf Pergament in Aquarellmalerei ausgeführt. Es liegt in einer kostbaren Mappe von dunkelrothem Leder, welche ebenfalls mit kunstvollen Arabesken verziert ist und in der Mitte die vergoldeten Buchstaben D. v. B. mit der Fürstenkrone darüber zeigt.

München, 1. Dezember. Heute wird die allgemeine Volkszählung vorgenommen und schon verlaufen jetzt, ehe noch die Zählung abgeschlossen ist, mehrfache Klagen über die Art, wie das Zählungsgeschäft aufgeführt wird. In Niederbayern haben einzelne Bürgermeister ihre Zählstellen schon vor mehreren Wochen fertig gestellt, ohne sich um den als Zähltag anberaumten 1. Dezember zu kümmern. An anderen Orten müssen sich die Zähler zu ihrem persönlichen Schutze bewaffnen da sie zuweilen mit Ratten und Drohungen empfangen werden — wahrhaftig aus Respekt vor Steuern und Umlagen. — Wie sich jetzt nachträglich herausstellt, war der mit Vorliebe als „sanfter Charakter“ geschilderte kürzlich verordnete Bischof Reichmann von Würzburg gerade der, der die Haltung des in Sache und Form extremsten Liberalen Blattes, des „Frankl. Volksbl.“ in erster Linie bestimmte. — Das k. k. Bezirksgericht Augsburg verurtheilt den Benediktiner-Konventualen und Lehrer der zweiten Lateinklasse Paul Müller in contumaciam wegen sieben fortgesetzter mit Knaben begangener Verbrechen wider die Sittlichkeit zu achtjähriger Zuchthausstrafe und Achtjahresem Ehrverlust.

Altbreichach, 1. Dezember. Man schreibt der „Nat. Bl.“: „Vor einiger Zeit machte, wie man sich erinnern wird, eine Veröffentlichung des hiesigen Bezirksarztes Wirth über „ein halb fertiges Wunder“ ungewöhnliches Aufsehen. Der durch die Enthüllung des Arztes und die Mittheilung der meist theilhaftigen Ernestine Hauser stark kompromittirte Präbendar Gund sah sich zur Schwichtigung der erregten Gemüther und um die Wirkung der Wirth'schen Publikation möglichst abzumildern, zu der Erklärung veranlaßt, daß er gegen den Bezirksarzt Wirth und die Ernestine Hauser die Klage wegen Verleumdung der Ehre durch die Presse erheben werde. Am 30. November hat indeß der Kläger, Herr Präbendar Gund seine Klage zurückgenommen. Es scheint ihm demnach doch an dem nötigen Vertrauen zu einem seinen Wünschen entsprechenden gerichtlichen Urtheil gefehlt zu haben. Heute, am 1. Dezember, wurde Herr Präbendar Gund durch Beschluß des Amtsgerichts Freisach zu den Kosten des Klageverfahrens verurtheilt. Es ist zu bedauern, daß dem angeklagten Arzte die Möglichkeit genommen ist, seine Aussagen vor Gericht zu widerlegen und durch Zeugen bekräftigen zu lassen, und daß die Gerichte die Wahrheit über die Zubereitung von Wundern in unantastbarer Weise festzustellen nunmehr nicht mehr in der Lage sind.“

Lokales und Provinzielles.

Posen, 6. Dezember.

— Die Handelskammer wird sich in ihrer heutigen Sitzung mit gerichtlichen Requisitionen, mit dem Entwurf zum Reichseisenbahngesetz, mit einem Antrage betreffend die Nichtigstellung der Handelsregister und der Gemeindesteuern, mit einer Enquete über das Zolltarifwesen und die Handelsverträge, sowie mit einer Recherche betr. die Fischtarifverhältnisse der hiesigen Eisenbahnstation in Bezug auf Spiritus und Spirit beschästigen. Demnach wird sie einen Bericht an den

Herrn Reichskanzler betreffs Errichtung einer neuen Festungschorpasse feststellen, über die periodischen Konferenzverhandlungen mit der Oberösterreichischen Eisenbahngesellschaft beschließen und interne Angelegenheiten zur Erledigung bringen.

— Standesamt der Stadt Posen. In der Woche vom 28. November bis incl. 4. Dezember sind zu den Standesregistern angemeldet worden:

I. 34 Geburten (14 weniger als in vorhergehender Woche), und zwar 17 männliche und 17 weibliche, darunter 4 uneheliche.

II. 41 Sterbefälle (also 14 mehr als in voriger Woche). Die Zahl der Gestorbenen übertrifft daher die der Geburten um 7. Von den Gestorbenen waren 21 männlich, 20 weiblich, und befanden sich darunter 14 Kinder unter 1 Jahre.

III. 7 Eheschließungen. Von diesen waren 2 rein evangelisch (d. h. beide evangelisch), 1 rein katholisch und 3 rein mosaisch. Bei 1 Moschee war die Frau katholisch und der Mann evangelisch. 10 der Geborenen stammen aus evangelischen, 18 aus katholischen, 4 aus mosaischen und 2 aus gemischten Ehen. Von den 41 Gestorbenen waren 12 evangelisch, 25 katholisch und 4 mosaisch.

r. In die Eisfelder, deren Anzahl in unserer Stadt etwa 40 beträgt, und von denen besonders die der Pörsch Bierbrauereien, der Konditoren und Selterwasserfabrikanten jährlich viele Tausend Fuhren Eis zu ihrer Füllung bedürfen, wird seit einigen Tagen bereits in großen Mengen Eis eingefahren, da dasselbe in Folge des Frostes der letzten Woche schon eine Stärke von ca. 6-7 Zoll hat und erfahrungsmäßig das meist gefrorene Eis von besserer Qualität ist, als dasjenige, welches vielleicht durch späteres Thauwetter erst milde und porös geworden ist.

— Die polnischen ultramontanen Blätter schwärmen für die Befreiung der türkischen Herrschaft unterworfenen Slaven, erwarren dieselbe aber nicht von den europäischen Großmächten, sondern von dem wieder zu Kräften gekommenen „katholischen Frankreich“, das in Verbindung mit dem wiederbefreiten Polen die christlichen Fahnen mit dem Kreuze entfalten und die Türken aus Europa vertreiben werden. Dieser naive Gedanke, der hauptsächlich die Wiederbelebung der nationalen Hoffnung der Polen auf Frankreich bezweckt, ist wiederholt von dem sterilen Volksblatt „Niedziela“ entwickelt worden.

— Punig, 2. Dezember. [Was der polnische Bauer über die Volkszählung denkt.] Einem hiesigen Zähler wurde bei seinem Erlaufen zur Unterchrift, von einem Familien Vorstande die Antwort: „Ich schwöre meinen Glauben nicht ab und unterschreibe auch nicht.“ Die Unterschriften der Zählbriefe wurden hier öfters verweigert.

— Nawitsch, 3. Dezember. [Stadtverordneten Sitzung.] Gestern fand in einer außerordentlichen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung die Einführung des Stadtraths-Beschlusses durch den hiesigen Bürgermeister statt. Dieraus schloß sich eine ordentliche Sitzung in der der Abgeordnete für den Provinziallandtag Stadtrath Baum über die Thätigkeit desselben einen eingehenden Bericht erstattete. Die Versammlung folgte der einflussigen Rede mit fichtlicher Aufmerksamkeit; namentlich erregte die Mittheilung allgemeine Freude, daß die in den letzten Jahren erheblich gesteigerten Provinzialbeiträge sich in Folge des Dotationsgesetzes bedeuend verringern würden. Eine lebhafte Debatte entpau sich über die Frage, ob die im hiesigen Archiv befindlichen Urkunden des Staatsarchivs in Posen zu überlassen sind. Die Majorität der Versammlung entschied sich dafür, die Urkunden dem Staatsarchiv zu überlassen, nachdem vorher durch eine Kommission von Sachverständigen festgestellt, welche Urkunden für die hiesigen Interessen von besonderer Wichtigkeit und von diesen Abschrift zurückbehalten sind. Als unbefriedigter Stadtrath wurde an Stelle des Kommerzienrathes Bolld, der sein Amt nach Ablauf seiner Wahlperiode niedergelegt hat, Apotheker Moellendorf gewählt. Gegenandidaten waren Kaufmann Dülitz und Rentier Kuchne.

Garnikau, 3. Dezember. [Mehrere Morde.] sind in jüngerer Zeit in dem hiesigen Kreise verübt worden, die den traurigen Beweis liefern, daß die Moralität in den niederen Schichten der Bevölkerung ungeachtet der Bestrebungen von Schule und Kirche nicht zu bessern ist. So erschlug in der Stadt selbst vorige Woche der Tischler Franke seine Frau. Letztere war dem Trunke sehr ergeben und trieb in diesem Zustande den größten Unfug. Auch an ihrem Sterbetege war sie schon früh benebelt, standaltre auf dem Hofe und schlug schließlich das Fenster ein. Der Ehemann ergriff in seinem Zorn ein bei der Hobeibank ihm zur Hand stehendes Stuch Holz und verfeigte seiner Frau einen so heftigen Schlag auf den Kopf, daß sie niederstürzte und sogleich verstarb. Der unfreiwillige Mörder hat sich sofort dem Gericht gestellt und befindet sich bereits in Untersuchungshaft. — Ein ähnlicher Fall ereignete sich dieser Tage in Pörsch-Gauland. Der Kolonist Boldt hat einen erwachsenen ungarischen Sohn, der alle irdischen Schandthaten beging. Im Dorfe war eine Hochzeit, zu der sich auch der Tausenichts ohne väterliche Erlaubnis begab. Der Vater wollte ihn daran verhindern, der Sohn jedoch setzte sich zu Wehr, ergriff einen Stein und geschmellerte seinem Vater derart den Schädel, daß er sogleich seinen Geist aufgab. Der Mörder suchte sich hierauf zu flüchten, ist jedoch am folgenden Tage ergriffen worden.

Aus dem Gerichtssaal.

Meseritz, 2. Dezember. [Schwurgerichtsverhandlung wider den früheren Rittergutsbesitzer Adolph Wollmann und dessen Sohn Raimir Bertram Wollmann wegen Mordes. Vierter Tag.] Staatsanwalt Dr. D. ä. h. n. e.: Ich habe um festzustellen, wer der Dr. Ludwig Hoffmann aus Berlin ist, an das königliche Post-Präsidium telegraphiren lassen, seine gestrigen Aussagen haben mich dazu veranlaßt. Es ist telegraphisch Auskunft eingegangen, ich beantrage die Verlesung derselben. Der Gerichtshof giebt sich zur Verabnung zurück. Die Depesche wird verlesen, sie lautet: Dr. Ludwig Hoffmann lebt von seinen Nebenwänden aus seinem Vermögen und von dem Ertrage seiner literarischen Arbeiten, er ist ein unbescholtener Mann und als vollkommen glaubwürdig zu bezeichnen. Es wird seitens der Staatsanwaltschaft konstatiert, daß der gestern vernommene Zeuge Josaf sich nicht in einer Untersuchung wegen Meineides befindet, er ist ein ganz unbescholtener Mann. — Zeuge Kaufmann S. o. h. m. a. n. n., Agent aus Berlin, erklärt: Ich wurde durch Herrn Redakteur S. o. f. f. e. r. s. mit Wollmann bekannt, der mir Mittel schaffen sollte, meine Konzeption für die Allenburger Eisenbahn, die ich erhalten hatte vom Reichskanzleramt, zu benutzen, indem ich den Bau der Bahn beginnen sollte. Wollmann gab ich 10.000 Thlr. Depotwechsel mir Ge. b. zu schaffen, er gab die Wechsel widerrechtlich aus, ich sie aber wieder ein. Einen Revers des Herrn v. Loskardt über 35.000 Thlr., sowie die Konzeption zur Eisenbahn, habe ich von Adolf Wollmann nicht zurück erhalten. Ich hatte in Berlin eine Wohnung inne, die 14.000 Thlr. kostete, aber falsch Wollmann gebührte, der dort auch seine Geschäfte betrieb; auch eine Dame wohnte bei ihm, ein Fräulein Elise Boiat, für welche Wollmann Alles bezahlte. Ich wurde aus der Wohnung durch einen Herrn Gerhard entfernt, dem ich meine Sachen verkauft hatte und der mich nicht länger dort dulden wollte. Ich bin erregter Natur; eines Abends wollte mich Herr Adolf Wollmann durch zwei Schüsse als Wahnsinnia in eine Heilanstalt bringen lassen. Angeklagter Wollmann sen. giebt zu, daß er die Allenburger Bahn mit Wollmann bauen wollte, da ihm das Projekt von S. o. f. f. e. r. s. als ein brillantes dargestellt wurde. Wollmann wäre verheiratet, hätte er sich seiner nicht angenommen, die Wechsel von ihm habe er nur erhalten, weil er Auslagen u. v. a. für ihn in dieser Höhe gemacht hatte. Wollmann hat die Bahn vorher bereits an Robert Thode, später ein zweites Mal an v. Loskardt verkauft, trotzdem sie mir von ihm verkauft war. Der Zeuge Wollmann bestreitet Wollmann's Aussagen. Wollmann sen. erklärt, ich habe für Auslagen zum Unterhalt Wollmann's allein 2000 Thlr., für die Eisenbahnprojekte ca. 13.000 Thlr. ausgegeben, auch daß er Wollmann für Wahnsinnia hielt. Wollmann bestreitet auch dies. Frau Wollmann erklärt, Wollmann

son theilte mir mit, daß die Elise Funk seine uneheliche Tochter sei, daß er zwar nicht verpflichtet sei für sie zu sorgen, aber sein „moralisches“ Gefühl lasse es nicht anders zu. Er nahm für sie großes Interesse und zahlte alle ihre Bedürfnisse, ich mußte ein Mädchen in ihrer Abwartung halten und er zahlte mir 50 Thlr. pro Monat für deren Unterhalt. Mein Mann war mühsend über Wollmann's Benehmen gegen uns und allerdings wollte er dafür sorgen, daß mein Mann in das Irrenhaus gebracht werden sollte. Wollmann hat mir auch Geld für mich und mein Kind angeboten und die Sorge für uns zu übernehmen, wenn ich meinen Mann in das Irrenhaus schaffen lasse. Wollmann hat mir dies verschiedene Male angeboten Kaufmann Caro aus Berlin erklärt auf Befragen, daß er die ihm f. B. vorgelegten Bücher der Aktiengesellschaft für Glasfabrikation „Charottenhütte“, als Bücher, im kaufmännischen Sinne geführt, gar nicht betrachten kann; es fehlte diesen Büchern an jeder Grundlage, selbst die einfachste Erfüllung jeder Grundlage einer Buchführung, „Einnahmen und Ausgaben“ waren durchaus nicht ersichtlich. Zeugin Frau Weiß, Schwester des verstorbenen Major Neumann, sagt aus: Mein Bruder war ca. 6 Monate vor seinem Tode bei mir und sagte, er made mit Wollmann's Geschäfte, am 18. April 1874 erhielt ich die Nachricht von der schweren Erkrankung meines Bruders, am 20. erhielt ich die seines Todes. Ich wäre zur Beerdigung gereist, auch auf dem Krankenbette hätte ich ihn besucht, hätte ich nicht gerade die Konfirmation meines Kindes vor mir gehabt. Wollmann schrieb uns, daß mein Bruder drei Kinder mit einem Fräulein hinterlassen, daß er dieser 68 Thlr. geschickt und sie sich doch in etwas der Kinder annehmen möge. Er habe die Leiche im Interesse der Familie früher begraben lassen, damit eben dieses Fräulein Baedisch die Beerdigung durch ihre Anwesenheit nicht „störe“. Lieutenant v. Kisselmann sagt, Major Neumann war durch und durch ein Ehrenmann, er hätte, meiner unigen Ueberzeugung gemäß, sich nie das Leben genommen, am allerwenigsten als Opfer der Ehre durch Arsenik. Frau Weiß: Nie hätte mein Bruder sich das Leben genommen, er war ein tapferer Offizier, er kämpfte 3 Duell, selbst mit der Pistole aus (mit Offizieren). Nie hätte mein Bruder schuldigen Tod durch Arsenik gesucht. Er verdiente sich auf den Schlachtfeldern das Eiserne Kreuz, er hat den Roten Adlerorden mit Schwertern am Ringe und viele andere Orden und Medaillen für Tapferkeit erhalten. Unter Thänen ruft die Schwester des Ermordeten, Fräulein Neumann, ebenfalls aus, nie, nie hätte sich mein Bruder vergiftet, mein Bruder war ein tapferer Soldat und lebenslustig. Sie befragt ferner, was die Schwester, Frau Weiß, bereits gesagt. — Kaufmann Leber aus Berlin erklärt: meine Schwester ist die Frau des Adolfs Wollmann, ich lebe seit circa 1 1/2 Jahren mit meinem Schwager nicht mehr als freundschaftlichen Paars, auch mein Vater lebt seit Jahren außer jedem Verkehr mit Wollmann, weshalb weiß ich nicht, ich selbst hatte mich, wie angegeben, seiner Zeit mit ihm überworfen. Ich war Buchhalter in der Glasfabrik seit August 1872 bis Mitte des Jahres 1873. Die fälligen Eintragungen in die Bücher, die die Anlage erwähnt, waren, die nie bestell waren und nie effectuirt wurden, aber als solche eingetragen sind, rühren von meiner Hand her. Ich habe diese Eintragungen nur gemacht, um einen zu erwartenden Käufer zu bestimmen, und die Preise anzulegen, die ich als solche unserer Hütte bei den Eintragungen angegeben hatte. Wollmann hat hiervon nichts gewußt. Präsident Kreisgerichts Direktor Günther: Wissen Sie, daß man dies Schwindeln nennt? Beuge: Ich halte ja keinen Vortheil davon. Präsident: Aber das Schwindeln. — Mein Bruder, der Doktor Levy aus Breslau, war während der ganzen Verhandlung nicht in Weiden, verließ der Zeuge auf Frage des Präsidenten. Herr v. Thielens, Vater des Lieutenant v. Thielens, sagt aus: Ich war empört über den Kaufvertrag, den mein Sohn mir über das Gut Waige vorlegte, und sagte ihm sofort, solche Kontrakte sind nicht für mich gemacht. Mein Sohn ist ein junger Mann, der gar keine Idee vom Gutskauf hatte. Wollmann nannte mir schon eine Braut für meinen Sohn, die angeblich eine Million Thaler Mitgabe bräme. Ich wollte nichts mit Wollmann zu thun haben. Einige Zeugen geben Wollmann senior das Zeugnis eines braven Mannes, dem sie, einen Giftmord zu begehnen, nicht zutrauen. Ein Regiment's Kommandeur des Verstorbenen, Premier-Lieutenant a. D. Billa, zweifelt, daß der Major je Gift genommen hätte, wohl aber eine Kugel, wenn er sich das Leben hätte nehmen wollen, woran er überhaupt zweifelt. Angeklagter Wollmann sen. muß dem Untersuchungsrichter und Protokollführer gegenüber zugeben, daß er gesagt habe, der Dr. Lenkowsky hätte ihm erlaubt, Neumann aus der homöopathischen Apotheke Arsenik zu geben. Dr. Lenkowsky erklärt das für vollständig aus der Luft gegriffen, wie Wollmann's ganze Erzählung über seine Zusammenkunft mit ihm und das Vorlesen einer Stelle über Anwendung von Arsenik aus Hirsch's homöopathischen Lehrbuch. Der Untersuchungsrichter Kreisrichter Richter aus Birnbaum erklärt alles in das Untersuchungsprotokoll aufgenommen nur für wirkliche Erklärungen der Angeklagten, daß sie beständig der Protokollführer; diesen beiden Erklärungen gegenüber, die ganz bestimmt abgegeben worden, muß Wollmann sen. seine Einwendungen, die er zum Theil während der Verhandlung gegen das Protokoll des Untersuchungsrichters vorgebracht, zurücknehmen und die Richtigkeit der Protokolle anerkennen. Mehrere hochachtbare Zeugen dem geben Angeklagten Benno Wollmann ein vorzügliches Zeugnis seiner Einfachheit und Bescheidenheit, können aber nicht verhehlen, daß er ein vorzügliches Talent als Schwindler entwickeln muß bei den Verhältnissen, in welche man ihn in Waige hineingewängt, da er ein hochbegabter junger Mann ist und viel Talent bereits im Einziehen von Projekten, die er für seinen Vater geleitet, an den Tag gelegt hat. Die Zeugen glauben Benno Wollmann nicht für fähig halten zu dürfen, auf Befehl seines Vaters einen Giftmord zu verüben, dies würde er nie thun.

Schluß des Zeugenverhörs 10 1/2 Uhr Abends; es sind im Ganzen 71 Zeugen vernommen worden. Die Blaudröyer nehmen Freitag ihren Anfang. Die sämtlichen Sitzungstage waren hauptsächlich von einem gewählten Damenpublikum und den ersten Personen der Stadt und Umgebung besucht. Der Zuschauerraum selbst war überfüllt. (Fortsetzung folgt.)

Meferich 3. Dezember. Heute ist (wie bereits telegraphisch gemeldet worden), das Urtheil gegen Wollmann und Sohn gesprochen worden. Die Sitzung wurde um 1 Uhr Nachmitt. eröffnet. Der Staatsanwalt Dr. Dähne sprach drei Stunden. Er schloß seine Rede mit folgenden Worten:

„Hat auch Adolf Wollmann sein Alibi bewiesen, soweit es den 14. anbelangt, so bleibt doch die Anklage auf gemeinschaftliche Tödtung des Verstorbenen durch Vater und Sohn Wollmann stehen, und zwar hat der Sohn nur auf Veranlassung des Vaters gehandelt. Doch stelle ich Ihnen, meine Herren Geschworenen, Ihren Spruch allein anheim, wiewohl ich selbst bekennen muß, daß ich kaum daran glauben kann, daß der Gehorsam Benno Wollmann gegen den Vater so weit reiche, einen Giftmord zu begehnen. Meine Herren Geschworenen, ich stelle Ihnen nochmals anheim, fällen Sie ihren Spruch nach Ihrem Gewissen und Ihrem eigenen Ermessen.“

Dann folgten die Blaudröyer der Verteidiger, Dr. Hirsch für Adolf Wollmann, und Dr. Kämmer für Benno Wollmann. Nach dem Resumé des Präsidenten Stadt-Gen. Dr. Günther zogen sich die Geschworenen um 8 Uhr 20 Minuten in ihr Beratungszimmer zurück. Ihnen waren 3 Fragen vorgelegt und zwar: 1) Ist Adolf Wollmann schuldig, mit Ueberlegung und zwar durch Gift den Major Neumann getödtet zu haben? 2) Ist Benno Wollmann schuldig, mit Ueberlegung und zwar durch Gift den Major Neumann getödtet zu haben? Die dritte Frage ist gestellt, falls die erste verneint und die zweite bejaht werden sollte, sie lautet: „Ist Adolf Wollmann schuldig, den Mord veranlassen zu haben?“ Die Geschworenen waren um 8 Uhr 46 Minuten in den Sitzungssaal zurück. Der Spruch derselben lautet auf die beiden ersten Fragen auf Nichtschuldig, womit die dritte Frage von selbst gefallen ist. Nach Verkündung

des Urtheils küßten sich Vater und Sohn. Der Gerichtshof erkennt beide Angeklagte, Nichtschuldig des Mordes und ordnet ihre sofortige Freilassung an.

Staats- und Volkswirtschaft.

Berlin, 4. Dezember. [Wöchentliches Börsenbericht] Die Haussiebbewegung der vorigen Woche erwies sich denn doch als eine wenig haltbare und der Verlauf unserer gegenwärtigen Berichtsperiode zeigte deutlich genug, daß die Börse Recht hatte, jener Bewegung zu misstrauen. Obgleich nun der Verkehr jene animirte Böhlognomie, durch welche er in der Woche vorher ausgezeichnet war, verloren hat, so ging doch nicht die Festigkeit in der Tendenz verloren. Es bleibt sogar zu hoffen, daß sich die Börse die günstigeren Dispositionen erhalten wird, wenn auch zeitweise Kursrückgänge unvermeidlich sein sollten. Möglicherweise schon, daß das Kursniveau an seinem jetzigen Stande Einbuße erleidet, sei es, weil jede überhörsche Einwirkung den Todeskeim schon in sich trägt, sei es, weil äußere Einflüsse mitwirken, allein wenn nicht neuerdings Anlaß zu bangen Sorgen gegeben wird, so darf man hoffen, daß der Börse wie dem großen Publikum die wiedergewonnene Zuversicht und der gegenwärtige Grad des Vertrauens erhalten bleiben wird, sowohl hinsichtlich der Kreditverhältnisse, als in Bezug auf die künftige Gestaltung des Marktes. Die Haussiebbewegung während der Regulirung dokumentirte sich zwar als Positionshausse, die sich innerhalb der Börse abspielt, immerhin hat sie aber auch auf entferntere Kreise anregend gewirkt.

Mit der neuen Woche trat insofern eine Aenderung der Verhältnisse ein, als die Deckungskäufe nachließen. Die Festigkeit dauerte aber an. Da nun äußere Anregung fast vollständig fehlte, (zeitweise versuchte man es zwar einzelne politische Nachrichten zu finden und mit denselben an der Börse zu spielen) so schränkte der Verkehr seine Dimensionen mehr und mehr ein. Die Geringfügigkeit der Umsätze resultirte aber nur aus dem gänzlichen Mangel an Abgebern. Es ist hierbei hervorzuheben, daß Kaufkraft nicht existirt, es liegen auch aus den Privatkreisen Kaufordere vor, dieselben sind aber meist so niedrig limitirt, daß sie unter den jetzigen Verhältnissen und bei den vielfach erhöhten Kursen nicht effectuirt werden konnten. Zu den gegenwärtigen Notierungen fehlt aber disponibiles Material und es wird noch einige Zeit dauernder Festigkeit bedürfen, um bei langsamen Vorgehen das Kursniveau soweit zu heben, daß die nach und nach eingetretene Abwärtigkeit zu Gewinnrealisationen Veranlassung und damit erhebliches Material bieten. Wie erwähnt, blieb der Verkehr auf allen Gebieten sehr gering, österreichische Kreditaktien nahmen indes einen nicht zu unterschätzenden Anlauf. In einheimischen Eisenbahnwerthen belebte sich der Verkehr einigermaßen und ebenso waren, während die übrigen Industriewerthe geschäftlos blieben, Montanaktien belebt und steigend.

Wien, 4. Dezember. Wie die „Presse“ erzählt, haben die englischen Aktionäre der Lemberg-Czernowitzer Eisenbahn dem von dem Verwaltungsrathe dieser Bahn mit der Regierung getroffenen Uebereinkommen wegen der Fusion mit den galizischen Eisenbahnen zugestimmt. Die Generalversammlung, welcher dieses Uebereinkommen vorgelegt werden soll, wird am 23. Dezember stattfinden. Die Unionbank zahlt demselben Betrage zufolge, im Januar t. J. 5 C. Zinsen und wird eine Kapitalreduktion durch Rückkauf von Aktien vornehmen. — Wie unterrichteterseits verlautet, gelangt der Gesetzentwurf über die neue ungarische Rentenleihe bereits nächsten Dienstag vor den Reichstag.

Vermischtes.

* **Wie aus Moskau** unter dem 30. November gemeldet wird, ist Dr. Stroussberg auf Veranlassung des Untersuchungsrichters aus dem Schuldgefängnis in die Kasmate des Basmanowsk-Stadtheils überführt worden. Die Gefängnisse, in welcher Stroussberg gegenwärtig eingeschlossen, schreibt die „Russ. Z.“, befindet sich im zweiten Stock des kleinen, weißlichen steinernen Gebäudes, der zur Einschließung wichtiger Arrestanten bestimmt ist. Die Zelle hat ein mit einem Eisengitter vermaachtes Fenster, das auf den Hof hinausgeht; die Thüre ist von Außen mit einem Hängeschloß versehen und Niemand erhält Zutritt zum Arrestanten. Augenscheinlich erwartete Herr Stroussberg keineswegs, daß man so entschieden gegen ihn verfahren würde. Als der Aufseher des Schuldgefängnisses ihm die Verfassung über seine Ueberführung in ein anderes Detentionslokal mittheilte, ließ er den Muth sehr sinken und konnte den schweren Eindruck, den diese Nachricht auf ihn machte, nicht verbergen.“

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 4. Dezember. Ueber die gestrige Sitzung der Nationalversammlung wird Folgendes berichtet:

Der Minister des Auswärtigen, Herzog von Decazes, stellte den Antrag, daß die Vorlage über die Justizreform in Egypten auf die Tagesordnung vom nächsten Montag gestellt werde. Derselbe begründete sein Verlangen mit dem Hinweis darauf, daß die Interessen Frankreichs im Oriente die Annahme der Vorlage erheischen und daß es die Würde der Nationalversammlung erfordere, nicht ohne eine Entscheidung in dieser Angelegenheit getroffen zu haben, auseinander zu gehen. Die Linke sprach sich gegen das Verlangen des Ministers aus und berief sich zur Begründung ihres Widerspruchs auf den zwischen dem Khedive und England abgeschlossenen Handel über die dem Khedive gebührende Suezkanalaktien. Die Versammlung beschloß indeß mit großer Stimmenmehrheit, daß die Vorlage auf die Tagesordnung vom nächsten Montag gestellt werde. Das heute zur Berathung gelangte Gelbbuch zählt 205 Seiten und enthält alle auf den Suezkanal bezüglichen Schriftstücke von dem Jahre 1872 an. Die neuesten auf den Verlauf der Aktien des Khedive an die englische Regierung bezüglichen Schriftstücke entsprechen den heute Vormittag aus London eingegangenen Mittheilungen und bekräftigen, daß England mit der Einziehung eines internationalen Syndikats zur Verwaltung des Suezkanals einverstanden sein würde. Im weiteren Verlaufe der Sitzung legte der Herzog von Decazes einen mit dem Großherzogthum Luxemburg abgeschlossenen Auslieferungsvertrag vor; sodann wurde die Veranlassung der Vorlagen über Eisenbahnanlagen in den südlichen Landesheilen fortgesetzt. Die Versammlung beschloß in ihrer heutigen Sitzung die Wahl der 75 von ihr zu wählenden Senatoren am nächsten Donnerstag vorzunehmen. — Die Kommission zur Veranlassung der Anträge über die Auflösung der Nationalversammlung und die Vornahme der Neuwahlen hat nunmehr in Uebereinstimmung mit der Regierung folgende definitive Beschlüsse gefaßt: Die Ernennung der Delegirten der Municipalbehörden für die von den Departements vorzunehmenden Senatorenwahlen soll am 9. Januar stattfinden. Die Senatorenwahlen sollen am 23. Januar und die Wahlen der Deputirten am 20. Februar stattfinden. Der Zusammentritt der Kammern soll am 8. März erfolgen. Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Vorlage über Eisenbahnanlagen in den südlichen Landesheilen und der Gesetzentwurf betreffend die Modifikationen des Rekrutierungs-gesetzes angenommen.

London, 4. Dezember. Der Staatssekretär im Ministerium des Auswärtigen, Lord Derby, hat eine Deputation empfangen, welche die Intervention der englischen Regierung gegen die Annexirung Abyssiniens durch den Khedive von Egypten verlangte. Derby erklärte derselben, es sei kein Grund vorhanden, zu glauben, daß die ägyptische Regierung einen solchen Schritt vorgeschlagen hätte, der schon aus finanziellen Gründen sehr wenig empfehlenswerth sein dürfte. Uebri-gens würde die englische Regierung nicht zögern, dem Khedive eventuell die Inopportunität eines solchen Schrittes begreiflich zu machen. Was die Nachricht von der Besetzung zum Gebiete des Sultans von

Banzibar geführter Ortschaften durch ägyptische Truppen anbelange, so glaube er, daß derselben ein Mißverständnis zu Grunde liegen müsse.

Konstantinopel, 3. Dezember. Mustapha Pascha Pascha, der Bruder des Khedive, ist gestern gestorben. Dhanes Effendi Carras-fandit ist zum Generalsekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wafner in Bosen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Angelkommene Fremde

6. Dezember.

O. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Facitides aus Birna, Wolfsohn aus Neustadt, Mähring, Frank aus Berlin, Malzer aus Breslau, Engel aus Berlin. Fabrikant Schnörr aus Schrienberg. Inspektor Krause aus Rudolfs. Sem. Direktor Vater aus Bromberg. Hüttenbesitzer Stosch nebst Frau aus Komitz.

TILSNER'S HOTEL GARN. Die Kaufleute Friedländer aus Breslau, Günther aus Berlin, Marcus aus Leipzig, Sanfter a. Weimar. Hotelier Baer aus Reutlingen. Landwirth v. Kozłowski aus Jütich.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer Boldt aus Wilkow, Frau Krause aus Schrodka, Frei v. Treslow aus Car-nowitz. Dom-Pächter Dübel und Frau aus Br. Schwelm. Land-wirth Henke und Frau aus Schmalkow. Hotelier Dehnte a. Rosolino. Major Kosak aus Schrodka. Ingenieur Bach, Assistent Delrich, Fabrikant Wallerstein aus Berlin. Die Kaufleute Blader aus Berlin, Flatau aus Hamburg, Kuttum aus Berlin, Gallenberg aus Frankfurt a. M., Hahn aus Elberfeld, Bräuer aus Danzig, Reimann a. Lublin, Kesser aus Berlin.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer von Nathusius nebst Gemahlin aus Lubom, Fortmann aus Siegepowice, Rittmeister a. D. v. Jagow aus Uchorowo. Administrator Cornelsen aus Rudolfs. Die Kaufleute Kramer aus Breslau, Speier a. Berlin, Schüttelndreher aus Limgo, Heinemann aus Glauchau, Hansen aus Berlin, Reiter aus Breslau, Gotthel aus Berlin, Voigt aus Hamburg.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Starke, Hartman aus Leipzig, Siegmundowski aus But. Fabrikant Kühle aus Chemnitz. Ken-ther Hoffmann aus Dresden. Agent Altmann aus Berlin. Baumel-ster Alberti aus Wöngrowitz.

Telegraphische Börsenberichte.

Danzig, 4. Dezember. Getreide-Börse. Wetter: trübe und mäßig kalt. Wind: N.E.

Weizen loco mußte am heutigen Markte hier wohl auch in flauer Stimmung sich zeigen, weil es auswärts überall flau gewesen ist; (pärs-liche Kaufkraft nahm 110 Tonnen aus dem nur schwach ausgeführten Markte, und wenn auch die besten Sortungen noch ungefähr achtzig Preise gebracht haben, so mußte glatte Weizen doch nur 2 M. per Tonne billiger als gestern fortgegeben werden. Bejaht ist für roth 13 Pfd. 191 Mt., grau glatte 131 Pfd., 200 Mt., glatte 127, 128 Pfd. 202, 203, 205 Mt., hellfarbig 129/30 Pfd. 206 Mt., hellbunt 130 Pfd. 213, 214 Mt., 131/2 Pfd. 216 Mt., hochbunt glatte 130, 132 Pfd. 200 Mt. per Tonne. Termine ohne Umsatz April-Mai 213 Mt. S., 211 Mt. Gd. Regulirungspreis 200 Mt.

Roggen loco flau und billiger, 125 Pfd. 155, 155 1/2 Mt., 127 Pfd. 156 Mt. per Tonne bezahlt. Umsatz 25 Tonnen. Termine nicht ge-handelt, April-Mai 156 Mt. Br. Regulirungspreis 149 Mt. — Gerste loco große 110 Pfd. 155 Mt., 113 Pfd. 160 Mt., kleine 99 Pfd. 130 Mt., 104 1/2 Pfd. 135 Mt. per Tonne bezahlt. — Erbsen loco Mittel-162 1/2 Mt., Koch-165, 168 Mt. per Tonne. — Spiritus loco ist zu un-bekannt gebliebenem Preise verkauft.

Breslau, 4. Dezember, Nachmittags. (Getreidemarkt). Spiritus pr. Debr. Januar 42, 80, pr. April-Mai 45, 80, pr. Mai-Juni 46, 80. Weizen pr. Dezember 193, 00 Roggen pr. Dezember 149, 50, pr. Dezember-Januar 149, 00, pr. April-Mai 157, 00. Rüböl pr. Dezem-ber 71, 00, pr. Dezember-Januar 71, 00, pr. April-Mai 69, 50. Zink 23 85. Wetter: —.

Wien, 4. Dezember, Nachmittags 2 1/2 Uhr. (Getreidemarkt). Wei-zen milder, hiesig loco 20, 50, fremder loco 21, 00 pr. März 21, 30, pr. Mai 21, 75. Roggen niedriger, hiesig loco 16, 00 pr. März 15, 45, pr. Mai 15, 75. Safer still, loco 18, 25, pr. März 17, 60. Rüböl besser, loco 38, 50, pr. Mai 38, 10. — Wetter: Frost.

Bremen, 4. Dezember. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 11, 30, pr. Januar 11, 45 bz., pr. Februar 11, 35, pr. März 11, 35 gefordert. Fest.

Hamburg, 4. Dezember, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen loco fest, auf Termine ruh. Roggen loco fest, auf Termine ruh. Weizen pr. Dezember 200 Br., 199 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 213 Br., 212 Gd. Roggen pr. Dezember 150 Br., 149 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 158 Br., 157 Gd. Safer fest. Gerste ruh. Rüböl fest, loco 75, pr. Mai pr. 200 Pfd. 75 1/2. Spiritus flau, pr. Dezember 36 1/2, pr. Januar-Februar 36 1/2, pr. April-Mai 37 1/2, pr. Juni-Juli pr. 100 Liter 100 pfd. 38 1/2. Kaffee fest, Umsatz 3000 Cdt. Petroleum beh., Standard white loco 11, 65 B., 11, 60 G., pr. Dezember 11, 60 Gd., pr. Januar-März 11, 70 Gd. — Wetter: Schne.

London, 4. Dez., Nachm. (Schlußbericht). Fremde Zufuhren seit leg-tem Montag: Weizen 15 820, Gerste 23 640, Hafer 56 040 Dtr.

Englischer Weizen nur Detailumsatz, fremder zu äußersten Montagspreisen gehandelt, angemessene Ladungen stetig. Andere Ge-treidearten fest aber ruhig. — Wetter: Schne.

Amsterdam, 4. Dezbr., Nachmitt. Getreidemarkt. (Schluß-bericht). Weizen loco gestiegen auf. Term. unb. pr. März 299, Roggen loco still auf Term. flau, pr. März 192, pr. Mai 193. Raps pr. Frühl. 430 fl. Rüböl loco 43, pr. Mai 43 1/2, pr. Herbst 41. Wetter veränd.

Liverpool, 4. Dezember, Nachmittags. Baumwolle. (Schluß-bericht). Muthmaßlicher Umsatz 7,000 B., davon für Speculation und Export 1000 B. stetig. Ankünfte unbedeutend.

Middling Orleans 7 1/2, middling amerikan 6 1/2, fair Dhollerah 4 1/2, middl. fair Dhollerah 4 1/2, good middling Dhollerah 4 1/2, middl. Dhollerah 4, fair Bengal 4 1/2, fair Berach 5 1/2, new fair Demra 4 1/2, good fair Demra 5 1/2, fair Madras 4 1/2, fair Pernam 7 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 7 1/2

Upland nicht unter low middling Jan.-Feb. Lieferung 6 1/2 d.

Paris, 4. Dezember, Nachmittags. (Produktenmarkt). (Schluß-bericht). Weizen ruh., pr. Dezember 27, 00, pr. Januar-Februar 27, 50, pr. Januar-April 28, 00, pr. März Juni 29, 25. Wehl stetig, pr. Dezember 59, 50, pr. Januar-Februar 60, 50, pr. Januar-April 61, 50, pr. März Juni 63, 00. Rüböl rubig, pr. Dezember 112, 00, pr. Januar 104, 00, pr. Januar-April 101, 00, pr. Mai-August 94, 50. Spiritus weich, pr. Dezember 43, 50, pr. Mai-August 48, 75.

Antwerpen, 4. Dezember, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen beh., dänischer —. Ro-geen rubig, Dbeffa 17 1/2, Safer stetig, Medienburg 22 1/2. Gerste unveränd.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 29 bez. 29 1/2 Br., pr. Dezember 28 1/2 bez., und Br., pr. Januar 28 1/2 bz., Februar 28 1/2 Br. Rubig.

Manchester, 3. Dezember, Nachmittags. 12r Water Armitage 7 1/2, 12r Water Taylor 8 1/2, 20r Water Nicholls 10, 30r Water Gidlow 11, 30r Water Clayton 11 1/2, 40er Mule Napoll 11, 40r Medio Wilkinson 13, 36r Waterpops Dualität Rowland 12 1/2, 40r Double Weston 12 1/2, 60er Double Weston 15 1/2, Printers 11 1/2, 11 1/2 Pfd. 117. Mäßiges Geschäft, Preise fest.

Druck und Verlag von B. Deder u. Comp. (C. Neff) in Wiesbaden.